Detailansicht des Registereintrags

Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e.V.

Aktuell seit 10.11.2026 14:24:08

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001103
Ersteintrag:	23.02.2022
Letzte Änderung:	10.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	24.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Marienstraße 19-20 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930678177570 E-Mail-Adressen: geschaeftsstelle@dnr.de info@dnr.de Webseiten: https://www.dnr.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Öffentliche Zuwendungen, Sonstiges, Mitgliedsbeiträge, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
200.001 bis 210.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
1,30

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Kai Niebert**
   Funktion: Präsident
2. **Thomas Schröder**
   Funktion: Vizepräsident
3. **Heike Vesper**
   Funktion: Vizepräsidentin
4. **Adrian Johst**
   Funktion: Schatzmeister

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (10):

1. **Elena Hofmann**
2. **Birthe März**
3. **Tobias Pforte-von Randow**
4. **Svenja Schünemann**
5. **Florian Schöne**
6. **Björn Pasemann**
7. **Christina Stoldt**
8. **Alexander Kräß**
   Tätigkeit bis 12/21:
   Praktikant
   für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
9. **Dr. Kai Niebert**
10. **Thomas Schröder**

Gesamtzahl der Mitglieder:
99 Mitglieder am 24.06.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (18):
1. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
2. Aktionsbündnis Klimaschutz
3. Europäisches Umweltbüro (EEB)
4. Europäische Bewegung Deutschland (EBD)
5. Initiative kulturelle Integration (Deutscher Kulturrat)

6. Ökologischer Tourismus in Europa e.V. (ÖTE)
7. Climate Action Network (CAN)
8. Europäische Vereinigung für Normung der Umweltverbände (ECOS)
9. Fachagentur Windenergie an Land
10. International Union for the Conservation of Nature (IUCN)
11. Verein Grüner Strom Label e.V.
12. Aktionsbündnis lebendige Oder
13. Bündnis für Gemeinnützigkeit
14. Netzwerk Bits und Bäume
15. Gebäude-Allianz
16. Initiative Transparente Zivilgesellschaft (ITZ)
17. Deutsches Koordinierungsbüro Normungsarbeit der Umweltverbände (KNU)
18. Netzwerk gerechter Welthandel

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (44):
Sonstiges im Bereich "Bundestag"; Allgemeine Energiepolitik; Atomenergie; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; Entwicklungspolitik; EU-Gesetzgebung; Institutionelle Fragen der EU; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Fischerei/Aquakultur; Land- und Forstwirtschaft; Lebensmittelsicherheit; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Digitalisierung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Politisches Leben, Parteien; Bauwesen und Bauwirtschaft; Ländlicher Raum; Stadtentwicklung; Wohnen; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Öffentliches Recht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Tierschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Luft- und Raumfahrt; Schienenverkehr; Schifffahrt; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Sonstiges im Bereich "Verkehr"; Industriepolitik; Verbraucherschutz; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Der Umweltdachverband Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V. wurde 1950 gegründet und bündelt heute die Interessen von rund 100 deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen, Natursportorganisationen, Erzeugerverbänden, Stiftungen und Institute, die zusammen mehr als elf Millionen Menschen erreichen.

Ihnen gemeinsam ist das Ziel, Natur- und Lebensräume zu schützen, um die Schönheit der Landschaft und die Ressourcen unseres Planeten auch für unsere Nachkommen zu bewahren. Gegründet als konstruktiv, kritischer Partner zur staatlichen Instanz fungiert der Dachverband für seine Mitglieder als Koordinator, Vermittler und Vertreter im politischen Bereich. Durch ihre Mitgliedschaft im DNR werden die Organisationen in ihren Anliegen und Aufgaben unterstützt

und bestärkt.

Auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene setzt sich der DNR für den Erhalt der biologischen Vielfalt, wertvoller Landschaften, unverfügter Räume, Ressourcen- und Klimaschutz und für eine nachhaltige Entwicklung als Leitidee gegenüber dem bisher vorherrschenden ökonomischen Wachstumsmodell ein. Der DNR engagiert sich für eine natur- und umweltverträgliche sowie tiergerechte Landwirtschaft. Er unterstützt eine nach Natur- und Umweltbelangen ausgerichtete Agrar- und Energiepolitik und die Entwicklung nachhaltiger Lebensstile. In seiner Rolle als Dachverband setzt er sich für die Themen Gemeinnützigkeit, Förderpolitik, ehrenamtliches Engagement, Demokratie und Weltoffenheit gemeinsam mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft ein.

Konkrete Regelungsvorhaben (55)

1. **Konsequente Umsetzung der EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur**

   Beschreibung:
   Die inzwischen rechtskräftige EU-Verordnung legt zahlreiche verbindliche Wiederherstellungsziele und -verpflichtungen für ein breites Spektrum von Ökosystemen fest, von Wäldern und landwirtschaftlichen Flächen über städtische Gebiete bis hin zu Flüssen und Meereslebensräumen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Vorgaben in Deutschland erfüllt werden und sich dies im zu erarbeitenden Nationalen Wiederherstellungsplan niederschlägt. Eine ausreichende Finanzierung auf EU- und Bundesebene muss gesichert sein.

   Bundesrats-Drucksachennummer:
   BR-Drs. 298/22 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Wiederherstellung der Natur

   Interessenbereiche:
   Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (2):

   1. **SG2405070008** (PDF - 1 Seite)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 21.03.2024 an:

      Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

2. **SG2503170035** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 21.03.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

2. **Verhinderung von staatlicher Förderung von synthetischem Methan (sNG)**

Beschreibung:
Im Rahmen der Klimaschutzverträge werden staatliche Subventionen zur CO2 Minderung vergeben. SNG sollte nicht unter diese Förderung fallen

Interessenbereiche:
Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2405070010** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 29.04.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2405070011** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 29.04.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **Gasförderung Nordsee, Absage des Unitarisierungsabkommens durch Nicht-Umsetzung in deutsches Recht**

Beschreibung:
Notwendige Genehmigungen zur Gasförderung in der Nordsee sind nicht rechtskräftig. Ziel ist die Nicht-Umsetzung des Unitarisierungsabkommen als Voraussetzung für eine kommerzielle Gasförderung zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik in deutsches Recht.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2409100009** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 15.08.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

4. **Reform des Gemeinnützigkeitsrecht**

Beschreibung:
Im Rahmen der Umsetzung der geplanten Reform des Gemeinnützigkeitsrechts muss gesetzlich klargestellt werden, dass die Zwecke von gemeinnützigen Organisationen auch überwiegend oder ausschließlich mit politischen Mitteln verfolgt werden dürfen sowie, dass sich gemeinnützige Organisationen ausnahmsweise und bei Gelegenheit für andere als die eigenen gemeinnützigen Zwecke engagieren dürfen.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 438/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb
Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
AO 1977 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2405100001** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 30.04.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

5. **Entwurf des Wasserstoffbeschleunigungsgesetz (WassBG-E)**

Beschreibung:

Aus unserer Sicht ist nicht hinreichend dargelegt, dass ein Bedarf für ein Wasserstoffbeschleunigungsgesetz besteht und dieses einen Beitrag zur Versorgungssicherheit undzum Klimaschutz leistet (1. Durch die im Entwurf vorgesehenen Regelungen erhöhen sich Risiken für Mensch und Natur dadurch, dass Öffentlichkeitsbeteiligung eingeschränkt (2)
und Zielkonflikte in der Wassernutzung verschärft werden (3)

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/2506 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf und weiterer energierechtlicher Vorschriften
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMWE): Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften (Vorgang)

Interessenbereiche:
Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]

6. **Nachhaltige Windenergieproduktion in Europa**

Beschreibung:
Damit insbesondere beim Ausbau der Windenergie an Land, als Fundament für erfolgreichen Klimaschutz, die erforderlichen Ausbauziele erreicht werden, braucht es einen gesteuerten Ausbau, der sensible Naturräume schützt und berücksichtigt. Die notwendige Skalierung der Windenergie an Land und auf See und die damit verbundene Rohstoffversorgung und -verarbeitung muss im Kontext einer gerechten Transformation höchstmöglichen Anforderungen an Umwelt- und Sozialstandards unterliegen und die Zirkularität der verbauten Materialien von Anfang an mit umgesetzt werden. Diese Ausweitung muss umwelt- und sozialverträglich erfolgen sowie alle Stufen der Wertschöpfungskette in der Windenergie von der Rohstoffbeschaffung, Herstellung, Transport und Montage bis zur Demontage und Kreislaufführung umfassen.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1491 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EU-Erneuerbaren-Richtlinie in den Bereichen Windenergie auf See und Stromnetze
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/568 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung von Vorgaben der Richtlinie (EU) 2023/2413 für Zulassungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und dem Wasserhaushaltsgesetz, zur Änderung des Bundeswasserstraßengesetzes, zur Änderung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes und zur Änderung des Baugesetzbuchs

Betroffenes geltendes Recht:
WindSeeG [alle RV hierzu]; WindBG [alle RV hierzu]; KrWG [alle RV hierzu]; BBauG [alle RV hierzu]; BImSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2405100014** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 01.04.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

7. **Gesetzesreform für den Schienenverkehr in Deutschland und Europa**

Beschreibung:
Europas Aufbruch hin zu mehr klimafreundlicher Schiene ist zentrale Aufgabe für EU und Deutschland in der neuen EU-Legislatur. Für die Erreichung der deutschen und europäischen Klimaziele trägt der Bahnsektor viel bei, daher muss die EU sofort nach der Europawahl 2024 die Schiene zu einem Fokus von Gesetzgebung und Investitionsentscheidungen machen.

Betroffenes geltendes Recht:
BSWAG [alle RV hierzu]; KSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2405210008** (PDF - 8 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 14.05.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

8. **Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union**

Beschreibung:
Forderung substanzieller Nachbesserungen der GAP-Reform, um Umwelt-, Klima- und Tierschutz wirksam abzusichern. Dazu gehören ein verbindliches Mindestbudget für Öko-Regelungen sowie Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen und die Ablehnung einer Benachteiligung dieser Instrumente durch nationale Kofinanzierung. Die Abschwächung bzw. Aufgabe verbindlicher GLÖZ-Standards (u. a. GLÖZ 1–10) lehnen die Verbände ausdrücklich ab. Zudem wird eine differenzierte Basisprämie mit Umwelt- und Tierschutzbezug sowie eine weitergehende Reform der Marktordnung und die finanzielle Sicherung der ländlichen Entwicklung gefordert.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/328 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des GAP-Direktzahlungen-Gesetzes

Betroffenes geltendes Recht:
GAPDZG [alle RV hierzu]; GAPDZV [alle RV hierzu]; GAPKondG [alle RV hierzu]; GAPKondV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2405210012** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

9. **Ausschreibungsdesign der Offshore-Windenergieflächen**

Beschreibung:
Der Ausbau der Offshore-Windenergie ist ein Schlüsselbereich für die sozial und ökologisch nachhaltige Dekarbonisierung der deutschen Wirtschaft. Das Offshore-Ausschreibungsdesign muss daher den Ausbau der Windenergie sichern und sozialökologisch vorantreiben. Das derzeitige Ausschreibungsdesign der Offshore-Windenergieflächen hat Schwächen wie die Fixierung auf den Höchstbietenden ohne ausreichend wirksame qualitative Kriterien bei der

Flächenvergabe. Stattdessen müssen für die Flächenvergabe insbesondere qualitative Kriterien die entscheidende Rolle spielen, auch um die Nachhaltigkeit und Resilienz des Offshore-Ausbaus zu stärken.

Betroffenes geltendes Recht:
WindSeeG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406100033** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 03.06.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

10. **Novellierung des Bundeswaldgesetz (BWaldG)**

Beschreibung:
Wir fordern die Novellierung des Bundeswaldgesetzes für den Erhalt und die nachhaltige Nutzung unserer Wälder als vielfältige Leistungserbringer für die Gesellschaft. Dies gilt für die Erholung und den Tourismus genauso wie für eine umwelt- und standortgerechte Bewirtschaftung der Wälder.
Wir fordern ein zukunftsfähiges Gesetz, das den Erhalt und die Stabilisierung unserer Wälder in den Mittelpunkt stellt und dabei die verschiedenen Waldfunktionen angemessen berücksichtigt.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Bundeswaldgesetz (BWaldG)
Datum des Referentenentwurfs: 29.11.2024
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BWaldG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2409100002** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 08.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2412180052** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

11. **Naturschutzfachliche Mindestkriterien bei PV Freiflächenanlagen, Umsetzung EEG**

Beschreibung:
Zur Steigerung der Biodiversität auf den Flächen der geförderten PV-FFA müssen zahlreiche Anforderungen aus naturschutzfachlicher Sicht erfüllt werden, dazu gehören bei den Kriterien im Speziellen (§ 37 Absatz 1a EEG) sowie Ergänzung des §12 PflSchG Absatz 2 um Freiflächenanlagen

Betroffenes geltendes Recht:
EEG 2014 [alle RV hierzu]; PflSchG 2012 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2409100007** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

12. **Kohlendioxid-Speicherungsgesetz (KSpG)**

Beschreibung:
Ein breiter Einsatz von CCS auch für vermeidbare Emissionen aus der Nutzung von fossilen Ressourcen, beispielsweise bei der industriellen Prozesswärme oder für die Stromerzeugung darf nicht ermöglicht werden. Dies stellt eine Gefahr für wirkliche Emissionsminderung und die Transformation der Industrie dar und konterkariert den notwendigen schnellen Ausstieg aus fossilen Energieträgern.“

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1494 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
KSpG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2409270102** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 27.09.2024 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2412190035** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 17.12.2024 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

13. **Umsetzung Gesetzpaket zur partizipativen Energiewende**

Beschreibung:
Umsetzung eines Gesetzpaketes zur Teilhabe von Bürger*innen an der Energiewende.

Betroffenes geltendes Recht:
EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2410010008** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 20.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

14. **Ambitionierte Maßnahmen für den Aktionsplan zu hormonell wirksamen Stoffen umsetzen**

Beschreibung:
Wir fordern konkrete Maßnahmen zur Umsetzung des Fünf-Punkte Plans der Bundesregierung zum Schutz vor hormonell schädigenden Stoffen (EDCs). Es muss ein Maßnahmenplan erarbeitet werden, in dem konkrete Ziele, Aktivitäten, Zeitvorgaben und handelnde Akteur*innen benannt werden und der mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet ist. Die BR muss sich dafür einsetzen, dass EDCs auf europäischer Ebene schneller und effizienter identifiziert und reguliert werden, einschließlich im Pestizid und Biozidrecht unter Mitberücksichtigung verdächtiger EDCs. Auf internationaler Ebene fordern wir die Einführung von Gefahrenklassen für EDC im GHS und Herstellung von Transparenz über die Verwendung von EDCs in der gesamten Wertschöpfungskette.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/9390 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Fünf-Punkte-Plan der Bundesregierung zum Schutz vor hormonell schädigenden Stoffen
Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2411110011** (PDF - 22 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.10.2024 an:

   Bundesregierung

   Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

15. **Umsetzung Erneuerbare-Energien-Richtlinie RED II**

Beschreibung:
Wir stellen uns gegen eine Verlängerung der Übergangsfrist für die Kriterien der Additionaliät und der Korrelation im Delegated Act der RED II für erneuerbare Gase nichtorganischen Ursprungs (RFNBOs) und betonen, dass gerade die Einhaltung des Additionalitätskriteriums ein zentraler Bestandteil für die langfristige Nachhaltigkeit und Glaubwürdigkeit der Energiewende in Deutschland, aber auch weltweit ist. Wir appelieren daher für die Beibehaltung der bisherigen Regelungen und parallel dazu Maßnahmen zu ergreifen, die den schnellen und effizienten Ausbau zusätzlicher erneuerbarer Energiekapazitäten ermöglichen.

Betroffenes geltendes Recht:

EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2411110013** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 02.10.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

16. **Klimafreundliche Ausgestaltung des Kraftwerkssicherheitsgesetzes**

Beschreibung:
Gestaltung des Kraftwerkssicherheitsgesetzes im Sinne eines klima- und ressourcenschonenden Energiesystems der Zukunft.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1497 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Energiebereich sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2411110016** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 22.10.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

17. **Schuldenbremsenreform zur Sicherstellung von Finanzmitteln für Klimaschutz als Gemeinschaftsaufgabe im GG**

Beschreibung:
Wir setzen uns für die Schaffung ausreichender Finanzmittel zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen ein. Eine Reform der Schuldenbremse ist unerlässlich, um Investitionen in Klimaschutz, nachhaltige Infrastruktur und soziale Gerechtigkeit zu

ermöglichen. Ziel ist es, Artikel 109 und 115 des Grundgesetzes so anzupassen, dass insbesondere die Finanzierung klimarelevanter Projekte planbar und nachhaltig gesichert ist. Dies umfasst auch die Einführung klarer Ausnahmetatbestände, wie die Einstufung der Klimakrise als Naturkatastrophe, und die Erweiterung des Investitionsbegriffs, um ökologische und soziale Fortschritte zu berücksichtigen.

Betroffenes geltendes Recht:
HGrG [alle RV hierzu]; GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. **SG2412180073** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.12.2024 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2503060005** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 25.02.2025 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

3. **SG2503060006** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 25.02.2025 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

4. **SG2503060007** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 25.02.2025 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

18. **Novellierung AVBFernwärmeV**

Beschreibung:

Wärmenetze können eine Möglichkeit sein, das Zeitalter des fossilen Heizens hinter sich zu lassen. Die Modernisierung der Fernwärme braucht kurzfristig folgende zwei Schritte:
1. Mehr Transparenz und faire Preisgleitklauseln, damit Kund:innen vor überfordernden Preissteigerungen geschützt werden. Dies muss in der anstehenden Novelle der AVBFernwärmeV geregelt werden.
2. Unterstützung der Fernwärme-Versorger bei der Finanzierung von Ausbau und Dekarbonisierung durch Bereitstellung attraktiver Finanzierungswege. Dies muss außerhalb der AVBFernwärmeV geregelt werden.

Referentenentwurf:
Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme und zur Aufhebung der Verordnung über die Verbrauchserfassung und Abrechnung bei der Versorgung mit Fernwärme oder Fernkälte (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 07.08.2024
Federführendes Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
AVBFernwärmeV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2412180077** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 12.12.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

19. **Gentechnik, Saatgut und Lebensmittelerzeugung**

Beschreibung:
Verankerung zentraler Forderungen in der nationalen Position zur Deregulierung der neuen Gentechnik (NGT) auf EU-Ebene: Sicherung der Wahlfreiheit durch konsequente und verpflichtende Kennzeichnung; Gewährleistung von Risikoprüfung und Zulassungsverfahren, Rückverfolgbarkeit und Haftung; Verhinderung von Patenten auf Pflanzen, Tiere und deren genetische Eigenschaften.

Betroffenes geltendes Recht:
GenTG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2503060001** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 15.01.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2512040011** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 02.12.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

20. **Schutz der Wasserrahmenrichtlinie vor Abschwächung und ambitionierte Umsetzung**

Beschreibung:
Unser Anliegen ist eine schnellstmögliche, intensivierte und ambitionierte Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie auch über das Jahr 2027 hinaus. Bestrebungen, die Richtlinie abzuschwächen, wollen wir entgegentreten.

Betroffenes geltendes Recht:
WHG 2009 [alle RV hierzu]; OGewV 2016 [alle RV hierzu]; GrwV 2010 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2503060008** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 20.02.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2609300182** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 22.07.2026 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

21. **Einhaltung und Stärkung des Pestizidrechts**

Beschreibung:
Wir fordern, die Verpflichtungen aus der EU-Richtlinie Sustainable Use Directive (SUD) zu erfüllen und wenden uns gegen das "Food and Feed Simplification Omnibus“-Paket der Europäischen Kommission

Betroffenes geltendes Recht:
PflSchG 2012 [alle RV hierzu]; PflSchAnwV 1992 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2503170050** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 02.05.2024 an:

   Bundesregierung

   Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2512120011** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 12.12.2025 an:

   Bundesregierung

   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

22. **Nationale und Internationale Klima- und Biodiversitätsfinanzierung**

Beschreibung:
Wir fordern die Mindestsicherung von jährlich sechs Milliarden Euro für die internationale Klimafinanzierung und mindestens 1,5 Milliarden Euro für die internationale Biodiversitätsfinanzierung. Den globalen Herausforderungen sowie Deutschlands

Verantwortung und Wirtschaftskraft angemessen wäre aus unserer Sicht ein Beitrag von jährlich mindestens acht Milliarden Euro an Haushaltsmitteln für die Klimafinanzierung und jährlich mindestens zwei Milliarden Euro für die Biodiversitätsfinanzierung 2025. Weiterhin fordern wir Engagement für die konsequente Übersetzung in den kommenden Haushaltsverhandlungen, um weitere Kürzungen in den Etats von BMZ, BMFSFJ und AA zu verhindern und die Entwicklungs-, Klima- und Biodiversitätsfinanzierung sowie Demokratieförderung nicht weiter zu beschneiden.

Betroffenes geltendes Recht:
KSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503170051** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 03.05.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

23. **Kontrolle von Online-Plattformen**

Beschreibung:
Die Forderung an die nächste Bundesregierung lautet, sich in der kommenden Legislaturperiode entschlossen dafür einzusetzen, dass Online-Plattformen das gesellschaftliche Gemeinwohl und den demokratischen Diskurs fördern, um damit Hassrede, Desinformationen und gesellschaftliche Spaltung in die Schranken zu weisen. Das beinhaltet: i) Wettbewerbs- und Kartellrecht auf digitale Plattformen anwenden und punktuell verschärfen. ii) Transparenz bei den algorithmischen Systemen von Plattformen erwirken.

Betroffenes geltendes Recht:
DDG [alle RV hierzu]; GWB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

24. **Erhalt der Regelungen zur Heizung im Gebäudeenergiegesetz (GEG)**

Beschreibung:
Erhalt der Regelungen zur Heizung im GEG § 71

Betroffenes geltendes Recht:
GEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2503190003** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.03.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2512110005** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 07.11.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

25. **Beibehaltung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes**

Beschreibung:
Wir setzen uns für die Beibehaltung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes ein und setzen uns gleichzeitig für den Erhalt der EU-Lieferkettenrichtlinie ein, welche klare Regelungen und gleiche Voraussetzungen für alle Unternehmen in Europa schafft

Betroffenes geltendes Recht:
LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503260037** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.03.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

26. **Rechtssicherheit und Anerkennung von Agroforstsystemen**

Beschreibung:
Wir forden die Ausräumung rechtlicher Unsicherheiten durch die eindeutige Anerkennung von Agroforstsystemen als Teil der landwirtschaftlichen Bodennutzung in allen relevanten Rechtsbereichen.
Darüber hinaus sollten die bereits allokierten finanziellen Mittel aus dem Aktionsprogramm

Natürlicher Klimaschutz (ANK) für Agroforst durch ein unbürokratisches, nationales Sofortprogramm für Agroforst effizient genutzt werden. Vergleichbar mit einmaligen Programmen wie der Investitionsförderung von Maschinen zur Stärkung der natürlichen Bodenfunktionen könnten Anfangsinvestitionen in Agroforst für Landwirtinnen und Landwirte unterstützt werden.
Zudem sollte die Bestandsförderung für bestehende Agroforstflächen als klares politisches Signal erhalten bleiben.

Interessenbereiche:
Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

27. **Sondervermögen Infrastruktur/Klimaneutralität 2045**

Beschreibung:
Wir fordern eine gezielte und soziale Ausgestaltung und Implementierung des Sondervermögens Infrastruktur/Klimaneutralität 2045. Zentral dabei ist die Mittelverwendung als zusätzliche Investitionen. Zudem muss die Bundesregierung sicherstellen, dass sämtliche Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen klimagerecht erfolgen.

Betroffenes geltendes Recht:
EKFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2506160006** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 05.06.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

   Versendet am 19.06.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

28. **Natur-/Klimaschutzfinanzierung im Langfristhaushaushalt der EU (MFR)**

Beschreibung:
In dem Langfristhaushalt der EU wird auch festgelegt, ob/wieviel Geld für Natur-/Klimaschutz ausgegeben wird, und wieviel für schädliche Subventionen. Deswegen verfolgt der DNR dieses Vorhaben v.a. auf EU-Ebene, aber auch ggü. der Bundesregierung. Ziel ist es, die Lücke der Naturschutzfinanzierung auch auf EU-Ebene zu schließen, und u.a. das LIFE Programm zu erhalten.

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2506200059** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.06.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

29. **Klimafreundliche Ausgestaltung der Renewable Energy Directive III (RED III)**

Beschreibung:
Anstehende Umsetzung der REDIII im Verkehrsbereich so ausgestalten, dass ein realer positiver Effekt für den Klimaschutz erzielt wird und bisherige kontraproduktive Regelungen abgebaut werden.

Betroffenes geltendes Recht:
BImSchV 38 2017 [alle RV hierzu]; BImSchV 36 [alle RV hierzu]; BImSchV 37 2024 [alle RV hierzu]; BImSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2507210010** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 22.10.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

30. **Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens Klima- und Transformationsfonds**

Beschreibung:
Wir fordern die Ausgestaltung und Implementierung des KTFG im Sinne des Klimaschutzes

Betroffenes geltendes Recht:
EKFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509230011** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 10.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

31. **Siebzehntes Gesetz zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes**

Beschreibung:
Der zurückgezogene Gesetzentwurf enthält substanzielle Verbesserungen für den Lärmschutz. Die im Referentenentwurf vorgeschlagene Klarstellung zum § 19b Luftverkehrsgesetz ist sehr zu begrüßen, ebenso wie die Neufassung von § 25 Abs. 1 Satz 3 LuftVG in Verbindung mit § 58 Abs. 1 Nummer 8a LuftVG st. Die geplante Stärkung des Fluglärmschutzes bei der Flugsicherung durch eine Neuregelung von § 27c Abs. 1 LuftVG wird seit langem von unserer Seite gefordert. Die Forderungen hinsichtlich § 29b Abs. 2 LuftVG hinsichtlich einer Hinwirkungspflicht der Flugsicherung bei erheblichem Fluglärm ist ebenfalls begrüßenswert genauswo wie die durch den Referentenentwurf in § 32b LuftVG vorgeschlagenen Regelungen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Referentenentwurf eines Siebzehnten Gesetzes zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes
Datum des Referentenentwurfs: 23.07.2025
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
LuftVG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]

32. **Anpassungen am Gesetz zur Anpassung des Pflanzenschutzgesetzes an unionsrechtliche Regelungen**

Beschreibung:
Einsatz für die verbesserte Verfügbarkeit und Nutzbarkeit von Pflanzenschutzmittel-Anwendungsdaten durch konkrete Vorgaben auf Bundesebene und Instrumente wie ein zentrales, elektronisches, flächengenaues und öffentlich zugängliches Register, Sicherstellung eines ausreichenden Qualitätsniveau der Aufzeichnungen sowie behördliche Speicherung der Aufzeichnungen.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 425/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Pflanzenschutzgesetzes an unionsrechtliche Regelungen
Zuständiges Ministerium: BMLEH [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
PflSchG 2012 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2511110002** (PDF - 12 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 21.09.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

33. **Erweiterung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung, Novellierung des Tierschutzgesetzes des Bundes**

Beschreibung:
Erweiterung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung auf alle Tierarten. Novellierung des Tierschutzgesetzes mit Verankerung einer EU-weiten Positivliste für den Handel und der Privathaltung von Heimtieren im Gesetzestext mit dem Ziel einer Verbesserung der Tierschutzgesetzgebung zum Wohl der Tiere.

Betroffenes geltendes Recht:
TierSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Tierschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2511120002** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 02.10.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

2. **SG2609290031** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

Versendet am 17.09.2026 an:

Bundesregierung
Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

3. **SG2609300114** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.09.2026 an:

Bundesregierung
Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

34. **Novelle des Umweltrechtsbehelfsgesetz**

Beschreibung:
Forderung nach der Umsetzung der völkerrechtlich verbindlichen Vorgaben des Beschlusses VII/8g der 7. Konferenz der Vertragsstaaten der Aarhus Konvention (2021).

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/4146 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes und weiterer umweltrechtlicher Vorschriften
Zuständiges Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMUKN): Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes und weiterer umweltrechtlicher Vorschriften (2025) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
UmwRG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2511170009** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.11.2025 an:

Bundesregierung
Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

35. **Weiterentwicklung der bundesrechtlichen Vorgaben für emissionsreduziertes und ressourcenschonendes Bauen im Schienenverkehr**

Beschreibung:

Forderung nach Schaffung verlässlicher gesetzlicher und regulatorischer Rahmenbedingungen für den Einsatz emissionsreduzierter Bau- und Grundstoffe im Bereich der Schieneninfrastruktur der Deutschen Bahn ab.

Betroffenes geltendes Recht:
GVFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2512040012** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 02.12.2025 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]

36. **Verankerung von Klima- und Ressourcenschutzkriterien im Vergabebeschleunigungsgesetz**

Beschreibung:
Forderung, im Vergabebeschleunigungsgesetz verbindliche klima- und ressourcenschonende Kriterien für die öffentliche Beschaffung auf Bundesebene zu verankern. Ziel ist die Nutzung der Marktmacht des öffentlichen Sektors, um Innovationen für klimafreundliche und zirkuläre Produkte zu fördern, Investitionen in die Klimaneutralität zu beschleunigen und Unternehmen zu unterstützen, die bereits emissionsarme und ressourcenschonende Produkte anbieten. Das Vorhaben stützt sich auf §13 Klimaschutzgesetz und §45 Kreislaufwirtschaftsgesetz.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1934 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
KSG [alle RV hierzu]; KrWG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2512020023** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 01.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

37. **Natur- und umweltgerechte Ausgestaltung des Infrastruktur-Zukunftsgesetz**

Beschreibung:
Das geplante Infrastruktur-Zukunftsgesetz wird in dieser Form von uns abgelehnt. Es provoziert massive Angriffe auf materielle und prozessuale Regelungen zum Schutz von Natur und Umwelt, wertet Natur- und Klimaschutz durch die Einstufung von zahlreichen weiteren Infrastrukturvorhaben in das "überragende öffentliche Interesse" sowie durch die faktische Abschaffung der Realkompensation ab und führt zu irreversiblen Eingriffen in Ökosysteme durch vorzeitigen Maßnahmenbeginn.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/2736 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Klimaschutzes durch eine Beschleunigung des Ausbaus der Schieneninfrastruktur - Klimaschutzbeschleunigungsgesetz Schiene*

Betroffenes geltendes Recht:
BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]; UVPG [alle RV hierzu]; ROG 2008 [alle RV hierzu]; GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2605210011** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

38. **Wirksames und ambitioniertes Klimaschutzprogramm**

Beschreibung:
Verschärfung, verbindliche Emissionsminderungsziele für jeden Sektor, regelmäßige Überprüfung und Nachsteuerungspflicht mit zeitnah umzusetzenden geeigneten Maßnahmen, um Zieleverfehlungen zu korrigieren, generationengerechter Klimaschutz, Transparenz über die Projektionsdaten bis 2030 und darüber hinaus, Einhaltung der Ziele bis 2030 und darüber hinaus gemäß § 3 Absatz 1 KSG. Hinterlegung einer klaren Finanzierungsstrategie gemäß Klimaschutzgebot aus Art. 20a Grundgesetz (GG). Fokus auf Maßnahmen in den Bereichen LULUCF, Fläche/Siedlung, Wälder, Energie, Industrie, Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft, sustainable finance.

Betroffenes geltendes Recht:
KSG [alle RV hierzu]; GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]

39. **Einführung eines Ressourcenschutzgesetzes**

Beschreibung:
Einführung eines Ressourcenschutzgesetzes, um den Zielen und Forderungen der NKWS einen rechtlich verbindlichen Rahmen zu geben. Darin sollten verbindliche und messbare sektorspezifische Ressourcenschutzziele inklusive Zeitrahmen, Reduktionspfad, Monitoring und Sanktionen bei Nichterreichung der Ziele festgelegt werden.

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

40. **Änderung des Düngegesetzes**

Beschreibung:
Der DNR setzt sich gegen die geplante Streichung des Umweltschutzes und der Ressourceneffizienz aus den Zweckbestimmungen des Düngegesetzes (§ 1 Nr. 4) sowie gegen die geplante Streichung des § 11a zur Erstellung einer betrieblichen Stoffstrombilanz ein.

Betroffenes geltendes Recht:
DüngG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2601160008** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 14.01.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

41. **Sicherstellung von Planungssicherheit und Erneuerbaren-Ausbau durch EEG-Novelierung**

Beschreibung:
Wir fordern, die EEG-Novelle und das Netzpaket ambitioniert auszugestalten, den Erneuerbaren-Ausbau konsequent voranzutreiben und Planungssicherheit zu schaffen, Stromnetze und Elektrifizierung zum Schlüssel für die Dekarbonisierung zu machen, die Bürger*innenbeteiligung bei der Energiewende zu sichern und kleine Anlagen zu stärken.

Betroffenes geltendes Recht:

EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2602190001** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.02.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

42. **Nicht-Einführung einer allgemeinen Grüngasquote im Gebäudewärmesektor**

Beschreibung:
Ziel ist die Verhinderung der Einführung einer allgemeinen Grüngasquote im Gebäudesektor.

Betroffenes geltendes Recht:
GEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2602190002** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 17.02.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. **SG2603110003** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 17.02.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

43. **Klimaschutz und sozialverträgliche Ausgestaltung im Gebäudemodernisierungsgesetz (GMG)**

Beschreibung:

Wir fordern die gemeinsame Stärkung von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit im Gebäudebereich sowie ein Festhalten an der 65-Prozent-Regel und stellen uns gegen die vorgesehene Grüngasquote und plädieren für den Ausstieg aus fossilen Infrastrukturen.

Betroffenes geltendes Recht:
GEG [alle RV hierzu]; GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603110001** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 10.03.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

44. **Novelle des Energie-Wirtschaftsgesetztes (EnWG) zur Ermöglichung der Gasnetz-Transformation**

Beschreibung:
Der Gesetzentwurf zur Umsetzung des EU-Gas- und Wasserstoffpakets bietet einen verbindlichen Rechtsrahmen, der die mittel- und langfristige Stilllegung von Gasnetzen ermöglicht. Lücken im Gesetzentwurf: Es fehlen verbindliche Stilllegungspläne für die Gasverteilnetze die direkt die Endkund*innen erreichen. Ohne klare Planung drohen steigende Kosten und erhebliche soziale Verwerfungen - und damit genau die Kostenrisiken, die für Verbraucher*innen vermieden werden müssten

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 186/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften zur Umsetzung des Europäischen Gas- und Wasserstoff-Binnenmarktpakets
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2605210007** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 27.04.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

45. **Einführung eines bundesweiten Nachtfahrverbots für Mähroboter im Rahmen der Novellierung des Tierschutzgesetzes**

Beschreibung:
Ziel ist die Einführung eines bundesweiten Nachtfahrverbots für Mähroboter durch entsprechende gesetzliche Regelungen im Rahmen der Novellierung des Tierschutzgesetzes. Konkret soll der Betrieb von Mährobotern in den Abend- und Nachtstunden (insbesondere zwischen einer Stunde vor Sonnenuntergang und einer Stunde nach Sonnenaufgang) untersagt werden.

Betroffenes geltendes Recht:
TierSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Tierschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606290097** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 08.04.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

46. **Einführung eines Gesetzes zur Stärkung der natürlichen Infrastruktur (Naturflächenbedarfsgesetz / NATIF)**

Beschreibung:
Das Gesetz sollte den Erhalt der natürlichen Infrastruktur ermöglichen, indem es Ersatzgeldzahlungen sowie Fördermaßnahmen bündelt und in eine kohärente Naturflächenkulisse lenkt. In der Kulisse muss ein Vorrang des Naturschutzes im Sinne eines überragenden öffentlichen Interesses gelten. In der Naturflächenkulisse sind beschleunigte Verfahren zur Umsetzung von Natur-schutzmaßnahmen zu ermöglichen. Neben Naturschutz- und Wasserbehörden sollten auch private Träger wie Naturschutz-stiftungen, Landschaftspflegeverbände oder Landeigentümer in der gesetzlichen Kulisse einfach und schnell Projekte umsetzen, diese sichern und langfristig Verbesserungen er-reichen.

Betroffenes geltendes Recht:
BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606290103** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 29.04.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

47. **Saatgut und Gentechnik**

Beschreibung:
Der DNR setzt sich für eine Landwirtschaft ein, in der der Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen, Mikroorganismen und Tieren streng reguliert und transparent gekennzeichnet bleibt. Außerdem ist es das Ziel, dass dieser Verfahren im Ökolandbau weiterhin verboten bleiben.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 149/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Dreizehnte Verordnung zur Änderung der Saatgutverordnung

Betroffenes geltendes Recht:
GenTG [alle RV hierzu]; EGGenTDurchfG [alle RV hierzu]; GenTAufzV [alle RV hierzu]; SaatVerkG 1985 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607010076** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 05.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

48. **Ablehnung der im UMoG und in der UMoV vorgesehenen Einschränkungen der Öffentlichkeitsbeteiligung**

Beschreibung:
Das Gesetz (UmoG) und die Verordnung (UmoV) zur Stärkung eines modernen, digitalen und wirksamen Umweltschutzes enthält einige sinnvolle und dem Titel des Gesetzes entsprechende Neuerungen wie im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und Wasserhaushaltsgesetz (WHG). Allerdings sind die vorgeschlagenen Einschränkungen von Beteiligungsrechten, insbesondere der Wegfall der Jedermannbeteiligung im BImSchG deutlich zu kritisieren und werden entschieden abgelehnt.

Referentenentwurf:
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung eines modernen, digitalen und wirksamen Umweltschutzes (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 03.07.2026
Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
WHG 2009 [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

49. **Gesetz zur Stärkung der Natürlichen Infrastruktur**

Beschreibung:
Wir setzen uns für ein effektives und langfristig wirksames Gesetz zur Stärkung der natürlichen Infrastruktur in Deutschland ein, mit dem die natürliche Infrastruktur rechtlich der grauen Infrastruktur gleichgestellt wird.

Referentenentwurf:
Referentenentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Natürlichen Infrastruktur und zur Fortentwicklung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 06.07.2026
Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

50. **Änderungen in GAPDZG nach ökologischen und sozioökonomischen Bedarfen**

Beschreibung:
Die Verwendung der für das Antragsjahr 2027 zur Verfügung stehenden Mittel sollen zur Stärkung freiwilliger Maßnahmen zum Schutz von Natur, Klima und Tierwohl in der GAP genutzt werden. Sie müssen rechtssicher für Klima-, Umwelt- und Tierschutzleistungen garantiert vorbehalten werden. Außerdem sollten sie bereits in der aktuellen Förderperiode

für die bestehenden bzw. noch einzuführenden Öko-Regelungen (Weidehaltung von Milchkühen und Biotopverbund) genutzt werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Zweites Gesetz zur Änderung des GAP-Direktzahlungen-Geset-zes (GAPDZG)
Datum des Referentenentwurfs: 04.08.2026
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
GAPDZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

51. **Erhalt und Stärkung des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS 1)**

Beschreibung:
Erhalt und Stärkung des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS 1) als zentrales Klimaschutzinstrument der EU für die Stromerzeugung, die energieintensive Industrie und Teile des Luftverkehrs. Erhalt des Verursacherprinzips inkl. wirksamen, verlässlichen CO2-Preispfaden, Phase-Out für die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten, Lenkung der Erlöse gezielt in Richtung Klimaneutralität und sozial-gerechte Transformation.

Betroffenes geltendes Recht:
TEHG 2025 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2609290065** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

2. **SG2609300106** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 08.07.2026 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

52. **Unterstützung eines ambitionierten EU-Elektrifizierungsziels**

Beschreibung:

Unterstützung der Bundesregierung bei der Einführung eines ambitionierten EU-weiten Elektrifizierungsziels ohne Nutzung von Atomstrom.

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611100014** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

   Versendet am 19.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

53. **Fristgerechte Umsetzung der Importvorgaben der EU-Methanverordnung**

Beschreibung:
Die Bundesregierung wird aufgefordert, beim Europäischen Rat am 15./16. Oktober 2026 keiner Verschiebung der Importvorgaben der Verordnung (EU) 2024/1787 (EU-Methanverordnung) zuzustimmen, die ab dem 1. Januar 2027 gelten sollen, und sich für eine vollständige und fristgerechte Umsetzung der Verordnung einzusetzen.

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611100016** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.10.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

54. **Ausgestaltung eines zukunftsfähigen EU-Klimarahmens für 2040**

Beschreibung:
Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesregierung den EU-Klimarahmen für 2040 an folgenden Grundsätzen ausrichtet: verbindlicher, gerechter Ausstieg aus fossiler Energie bis spätestens 2040; verbindliche Ausbaupfade für 100 Prozent erneuerbare Energien, ein Elektrifizierungsziel von 60 Prozent und verbindliche Effizienzziele, ohne Anreize für fossile kohlenstoffarme Brennstoffe und Kernenergie; im ETS I Fortführung des linearen Reduktionsfaktors von 4,4 Prozent, rasches Ende der kostenlosen Zuteilung und klimabezogene Verwendung der Einnahmen; 90 Prozent Emissionsreduktion innerhalb der EU mit verbindlichen nationalen Zielen, Artikel-6-Zertifikate nur als Sicherheitsnetz; verbindliche LULUCF-Ziele nach 2030 mit Sanktionsmechanismen.

Betroffenes geltendes Recht:
TEHG 2025 [alle RV hierzu]; KSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Atomenergie [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611100024** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.10.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

55. **Ausgestaltung des EU-Energierahmens nach 2030 (Überarbeitung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie)**

Beschreibung:
Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesregierung bei der Überarbeitung des EU-Energierahmens nach 2030 für einen verlässlichen Rahmen für den Ausbau erneuerbarer Energien eintritt: verbindliche Ausbauziele und Strommengenpfade für 100 Prozent Erneuerbare im EU-Energiesektor 2040, ohne Anrechnung nicht-erneuerbarer „Low-Carbon"-Technologien wie Atomkraft; Ausrichtung der Netzinvestitionen am Erneuerbaren-Ausbau, effizientere Netznutzung, Aktivierung von Flexibilitäten, Digitalisierung und naturverträglicher Netzausbau, kein Redispatch-Vorbehalt; Erhalt der sektorspezifischen

Ziele der Erneuerbare-Energien-Richtlinie, insbesondere des RFNBO-Industrieziels, sowie gezielter RFNBO-Einsatz im Luft- und Schiffsverkehr.

Betroffenes geltendes Recht:
EEG 2014 [alle RV hierzu]; EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Atomenergie [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611100026** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 27.10.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. **Bundesamt für Naturschutz**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Bonn
   Betrag: 1.860.001 bis 1.870.000 Euro
   Institutionelle Förderung

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
190.001 bis 200.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

2026_07_20-DNR-Jahresbericht-2025.pdf